

Berlin, Mittwoch,

Die Zeitung erscheint in der Woche zwölfmal.

Bezugs-Preis:

Halbjährlich für Berlin 7 Mk. 50 Pf. ohne Postlohn, für ganz Deutschland 9 Mk. ...

Für Frankreich, Belgien, England, Amerika usw. Kreuzband-Sendung 20 Mk. für das Vierteljahr.

Bestellungen werden angenommen für England in London bei Siegle & Co. Ltd. ...

Berliner Börsen-Beitung.

Bestellungen werden angenommen

bei allen

Postanstalten, Zeitungs-Spediteuren und unserer Expedition.

Als besondere Beilagen erscheinen Ergänzungen zum Ausgesetzt. Annon-Kalender.

Vollständige Zeichnungslisten der Preuß.-Südd. Klassenlotterie. Allgemeine Verlosungstabellen mit Restanten-Listen ...

Insertions-Gebühr:

Die viergespaltene Zeile 60 Pf. Nettometeil 1.20 Mk.

Telegramm-Adresse: Börsenfrone.

Redaktion und Expedition: Berlin W. 8. Kronenstraße Nr. 37. Annahme der Inserate: In der Expedition.

Verantwortlicher: Zentrum, Nr. 243.

Vom Tage.

In Ehren des dänischen Königspaares fand gestern abend Galatabel im Kgl. Schlosse Kall, in deren Verlauf der Kaiser und der König herrliche Trinkpfeife wechselten.

Der französische Finanz- und der Kriegsminister erklärten, sie würden am Montag in der Kammer eine Kreditvorlage im Betrage von 500 Millionen Francs für militärische Zwecke einbringen.

Der Ausschussrat der Mitteldeutschen Privat-Bank beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, für 1912 wieder eine Dividende von 7 Proz. zu verteilen.

Wie aus Offen a. M. berichtet wird, soll nunmehr ein Umtausch von 2000 Mk. Essener Bankvereins-Aktien gegen 1200 Mk. Essener Credit-Anstalt-Aktien den Aktionären vorge schlagen werden.

Mexiko und die Union.

Wenn man die Nachrichten, die über die Entschickung und den Verlauf der revolutionären Wirren in Mexiko mitlesen, mit Aufmerksamkeit verfolgt, muß man immer mehr zu der Überzeugung kommen, daß es sich im letzten Ende viel weniger um den Kampf innerer Zwistigkeiten handelt, sondern um Kämpfe zwischen mächtigen wirtschaftlichen Gruppen in den Vereinigten Staaten gegen den Versuch, die wirtschaftliche Selbständigkeit Mexikos vor der Überwindung durch fremde Interessen zu schützen. Der amerikanische Unternehmungsgeist hat allmählich die heimischen Hilfsmittel erschöpft, er sucht nach neuen Gebieten für seine Betätigung. Er hat seinerzeit geplant, in Kanada einzudringen, mußte sich aber bald überzeugen, daß die vom Mutterland unterstützte englische Kolonie kein geeignetes Ausbeutungsfeld werden konnte. Er hat dann sein Augenmerk auf die mittel- und südamerikanischen Republiken gelenkt und wird dort allem Anscheine nach größere Erfolge einheimen. In Südamerika, in denen die W-B-G. Republiken, Argentinien, Brasilien und Chile, einen immerhin widerstandsfähigen Kern bilden, um den sich die anderen weniger geschlossenen Staatengebilde gruppieren, ist eine Aktion vorläufig noch nicht besonders aussichtsreich; aber Zentralamerika bietet seit einiger Zeit ein sehr geeignetes Gebiet für eine „penetration pacifique“, namentlich da schon die Panamakanalzone vollständig unter die Einflußnahme der Vereinigten Staaten gekommen ist. Doch sich die dahin zielenden Pläne vor allem auf das benachbarte, von der Natur so überaus reich ausgestattete Mexiko richten mußten, ist eigentlich selbstverständlich; nur daß deren Durchführung auf so wenig Hindernisse gestoßen ist, konnte überraschen, zeigte aber, wie geschickt der geeignete Zeitpunkt erkannt und ausgenutzt worden ist. Auf amerikanischem Boden konnte Madero den Aufstand organisieren, von dort aus seine Vorstöße immer von neuem aussetzen, bis der durch das hohe Alter in seiner Tatkraft geschwächte Porfirio Diaz des grauen Spiels satt wurde und sein durch ihn zu einer hervorragenden politischen und wirtschaftlichen Stellung emporgehobenes Vaterland verließ. Madero, der Mandat einer amerikanischen Fremde, konnte den verhassten Präsidentensitz einnehmen. Der Erfolg schien sicher zu sein, aber das Ausbeutungssystem der neuen Machthaber rief eine Gegenbewegung hervor, die alles wieder in Frage stellte. Madero ist selbst ein Opfer seiner Mächtigkeiten geworden und seine Gegner, der Riese Porfirio Diaz' und General Huerta, machen ganz den Eindruck, als hätten sie das Zeug dazu, im Sinne des alten Diktators sich Geltung zu verschaffen. Ob es ihnen gelingen wird, hängt nur davon ab, welche Stellung die Vereinigten Staaten offiziell einnehmen werden. Bis jetzt herrscht darüber

völlig Unklarheit. Taft hat bisher der Versuchung, sich in die inneren Angelegenheiten Mexikos direkt einzumischen, widerstanden. Sein Staatssekretär, Herr Knog, hat erst am 6. März vorigen Jahres in Managua dem Verfassungskonvent von Nicaragua folgende Versicherung gegeben: „Ich habe Ihre Versicherungen, Herr Präsident, die von den Befürwortern in manchen latino-amerikanischen Republiken bezüglich der Absichten der Vereinigten Staaten, soweit deren Aktion unter der Monroe-Doktrin in Frage kommt, sprechen, wohl in Erwägung gezogen. Ich möchte Ihnen versichern — und ich bin überzeugt, daß meine Bemerkungen die Zustimmung des Volkes und des Präsidenten der Vereinigten Staaten haben —, daß unsere Regierung keinen Zoll breit Landes südlich von Rio Grande begehrt. Unsere Politik geht nur so weit, daß wir in der Aufrechterhaltung republikanischer Einrichtungen in dieser Hemisphäre hilfreiche Hand leisten wollen, und wir möchten nicht, daß der Versuch, eine Regierung vom Volke, durch das Volk und für das Volk einzurichten, irgendwo hier Schiffbruch leiden soll. Unsere Politik bezüglich der etwa von der anderen Seite des Ozeans drohenden Gefahren für dieses Ziel ist bekannt. Wir möchten aber auch nicht, daß von innen heraus zersetzende Kräfte die republikanische Regierungsform bedrohen, und soweit wir können, werden wir stets bereit sein, nach Möglichkeit das Bestehen, die Stabilität unserer amerikanischen Schwester-Republiken herbeizuführen, zu unterstützen.“ Selbst nach der Ermordung Maderos, die nach allem, was vorhergegangen war, einen plausiblen Vorwand zum Einschreiten gegeben hätte, hat er sich vorsichtig zurückgehalten, aber vielleicht hat man den Grund für diese Reserve nur darin zu suchen, daß schon in 8 Tagen der Präsidentenwechsel stattfindet, und der heutige Präsident seinem Nachfolger nicht vorgehen will. Vorläufig veräumen die Vereinigten Staaten nichts, um für alle Möglichkeiten gewärtig zu sein, aber die Entscheidung wird erst am 4. März fallen, an dem Tage, an dem Wilson sein Amt übernimmt.

— r.

Vom Balkan.

Aus Sofia wurden uns folgende Aeußerungen eines hervorragenden bulgarischen Staatsmannes übermittelt: Die Folgen, die sich aus der Zutreibung der Meinungsverschiedenheit zwischen Bulgarien und Rumänien ergeben können, sind vielfach in übertriebener Weise dargestellt worden. Insbesondere ist die Behauptung sehr in Zweifel zu ziehen, daß die rumänische Regierung entschlossen sei, für den Fall, daß nicht bald ein Einvernehmen zustande kommen sollte, ohne weiteres Hörgen an die Befehle des besagten Gebietes zu schreiten. Man darf sich der Hoffnung hingeben, daß es der Einflußnahme der Mächte gelingen werde, die Streitfrage in die Bahn einer friedlichen Völsung zu lenken. Sollte aber ihrem Einwirken dieser Erfolg verweigert bleiben, so wird es wohl zu keiner schlummernden Bewegung kommen, als zum Abbruche der Beziehungen zwischen Bulgarien und Rumänien, da nicht anzunehmen ist, daß das Bulgarische Kabinett sich über alle Rücksichten auf den europäischen Friedenswillen hinwegsetzen und eine Geltendmachung der rumänischen Ansprüche mit Waffengewalt unternehmen werde. Es sei vielmehr zu erwarten, daß dann zunächst eine Pause eintreten dürfte, während welcher neue Wege für eine Lösung des Konfliktes gefunden werden könnten. Die Selbstverständlichkeit, mit der von einer Rücksichtnahme auf den Friedenswillen Europas gesprochen wird, ist zwar sehr rührend, widerpricht aber ganz und gar dem eigenen Verhalten. Noch jetzt legt Bulgarien allen guten Ratshälgen der Mächte sein starrs „Nein“ gegenüber.

Konstantinopel, 25. Februar. (C. T. C.) Bei einem Besuche, den der Justizminister dem kaiserlichen

Patriarchen abstattete, kam der Minister auf die politischen Tagesfragen zu sprechen und sagte, wie die Mächte meinten, unter anderen, der Balkanbund sei für Griechenland nicht vorteilhaft. Der Bund werde für den Hellenismus verhängnisvoll sein. Der begangene Fehler werde in späterer Zeit gutge treten, wenn ein großer Teil der hellenischen Nation den nationalen Charakter, der er sich unter der Herrschaft der Türken erhalten habe, verlieren werde. Die Stimmung, welche Griechen und Makedonien bedrohe, werde die Bewohner der besetzten Gebiete verdrängen. Als der Patriarch erkundete, warum die Türkei nicht rechtzeitig Schritte getan habe, um der Beteiligung Griechenlands am Balkanbund vorzubeugen, erklärte der Minister: Was geschehen ist, ist geschehen. Trachten wir Türken und Griechen wenigstens danach, künftig in Freundschaft zu leben. Die Vergangenheit wird uns nach dem Frieden für künftiges Zusammenarbeiten zur Lehre dienen.

Sofia, 25. Februar. (C. T. C.) Meldung der Agence Bulgare. General Sawoff erklärte die Bitte der griechischen Bischöfe von Thessalonika und Thessalon, 700 aus den Dörfern bei Thessalonika geflohenen und Hunger leidenden Christen Nahrungsmittel zu zuweisen. Er hat den bulgarischen Militärbehörden sofort entsprechende Anweisungen gegeben.

Telegramme.

Wien, 25. Februar. (C. T. C.) Wie die Blätter melden, antwortete Ministerpräsident Graf Türrgk einer Abordnung deutsch-böhmischer Parlamentarier auf eine Anfrage über die internationale Lage, es sei begründete Hoffnung, daß in nicht ferne Zeit eine allgemeine Entspannung eintreten werde.

Budapest, 25. Februar. (C. T. C.) In der heutigen Sitzung des Magnatenhauses, der Ministerpräsident Aufsch nicht bewohnte, da er zur Anbahnung nach Wien gefahren war, intervenierte der Führer der Opposition Graf Aurel Desseffy wegen der von dem Abgeordneten Dely gegen den Ministerpräsidenten erhobenen Anklagepunkte. Hierbei äußerte er die Mitglieder des Magnatenhauses Graf Emerich Karolvi und Adolf Ulfmann, welche in die Angelegenheit eingeweiht seien, die Wahrheit mitzuteilen. Karolvi erklärte sich bereit, sich vor Gericht oder vor einer parlamentarischen Untersuchungskommission zu äußern; Ulfmann schloß sich diesen Erklärungen an, fügte aber hinzu, er halte es für unzulässig, sich zu äußern, während das Appellverfahren in der Schwere sei.

Paris, 25. Februar. (C. T. C.) Gegenüber gewissen Blättermeldungen, daß der Plan des Faucille-Durchstichs aufgegeben worden sei, erklärt eine Note der Agence Havas, daß die Regierung über diese Frage noch keinen Beschluß gefaßt hat.

Eine Note der Agence Havas bemerkt bestimmt die seit einigen Tagen umlaufenden Gerichte, daß ein Befehl auf mehreren französischen Vorkasfertenposten bevorstehe.

Die Kammer hat durch Handaufheben einen Zusatz zum Finanzgesetz angenommen, der von der Regierung bereits genehmigt worden ist. Er unterwirft vom 1. Juli d. J. ab die fremden Reisenden und auswärtigen Handelsvertreter, die ihren Verweilort dauernd oder vorübergehend auf französischen Gebiet ausüben, denselben Bestimmungen und Abgaben, denen die französischen Reisenden im Auslande unterworfen sind. Die Zollverwaltung wird nach dem Grundgedanken der Gegenseitigkeit und gemäß den Bestimmungen der Zollverträge von 1892 und 1910 die Abgaben nach der Nationalität des Reisenden und nicht nach der Herkunft seiner Waren berechnen.

Paris, 25. Februar. (C. T. C.) Die Deputiertenkammer hat das dritte provisorische Budgetgesetz einstimmig bewilligt.

Paris, 25. Februar. (C. T. C.) In der Budgetkommission der Deputiertenkammer erklärten heute der Finanzminister und der Kriegsminister, sie würden am Montag eine Kreditvorlage im Betrage von 500 Millionen Francs einbringen, die dazu bestimmt sei, gewisse für die Kriegszwecke erforderliche Arbeiten zu beschleunigen.

Melbourne, 25. Februar. (C. T. C.) Der Generalgouverneur erhielt ein drahtloses Telegramm